

26. DEUTSCH-FRANZÖSISCHES UNTERNEHMERTREFFEN IN EVIAN

EUROPA, DEUTSCHLAND, FRANKREICH: DIE ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Pascal Lamy | *Präsident Emeritus des Jacques Delors Instituts*

Sébastien Maillard | *Direktor des Jacques Delors Instituts*

Henrik Enderlein | *Direktor des Jacques Delors Instituts – Berlin*

Daniel Debomy | *Direktor von OPTEM*

INHALTSVERZEICHNIS

1. Die Zustimmung zu Europa wächst unter Europäern wieder	3
1.1. Die Zugehörigkeit zur EU wird (insbesondere unter Deutschen) wieder positiv gesehen	3
1.2. Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, dass proeuropäische Haltungen wieder weiter verbreitet sind, doch von überschwänglicher Begeisterung kann nicht die Rede sein	5
2. Deutsche und Franzosen – so nah und doch so dissonant	6
2.1. Wie nimmt man einander wahr? Über die Zunahme des wechselseitiges Interesses	6
2.2. Die Ansichten zu Wirtschaft und Globalisierung gehen nach wie vor auseinander	8
2.3. Übereinstimmungen und Divergenzen in der Wahrnehmung der EU	9
SCHLUSS	11
ZU DEN GLEICHEN THEMEN	12

In aktuellen Meinungsumfragen zeigt sich, dass Europa die Gunst der öffentlichen Meinung zurückgewinnt, was nicht zuletzt auf die Stimmung in Deutschland und Frankreich zurückzuführen ist, auch wenn in den beiden Ländern die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und die Haltung zur Globalisierung nach wie vor auseinandergehen.

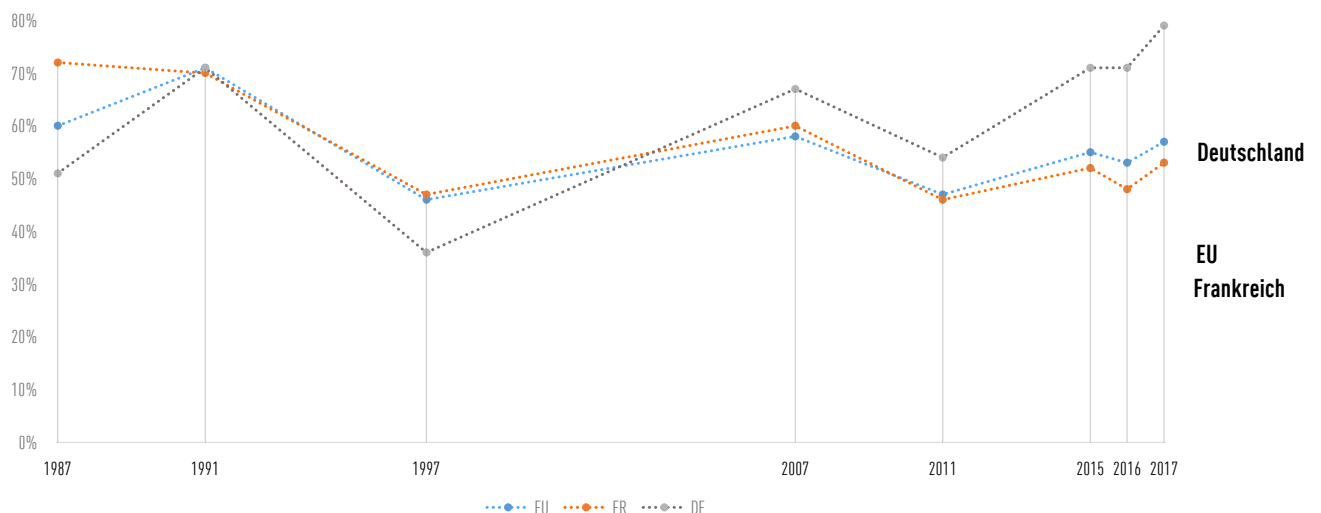
1. Die Zustimmung zu Europa wächst unter Europäern wieder

Eine Rückkehr zur Normalität: Nach dem kontinuierlichen und massiven Rückgang der letzten zehn Jahre erholen sich die Zustimmungswerte zu Europa in der öffentlichen Meinung und nähern sich ihrem Vorkrisenniveau. In Deutschland fällt die Verbesserung der Indikatoren allerdings stärker aus als in Frankreich.

1.1. Die Zugehörigkeit zur EU wird (insbesondere unter Deutschen) wieder positiv gesehen

Die EU-Mitgliedschaft wird mittlerweile wieder eindeutig als gute Sache gesehen. Im Vergleich zu negativen oder neutralen Haltungen hat die zustimmende Haltung in Meinungsumfragen in EU-Staaten wieder die Nase vorn, wie verschiedene aktuelle Indikatoren übereinstimmend belegen. 57 Prozent der 2017 befragten Europäer sehen die EU-Mitgliedschaft positiv. In Deutschland ist dieser Trend besonders ausgeprägt. Mit 53 Prozent fällt der Anstieg in Frankreich schwächer und etwas schwankender aus, doch lässt sich auch hier der gleiche Aufwärtstrend feststellen (Abbildung 1).

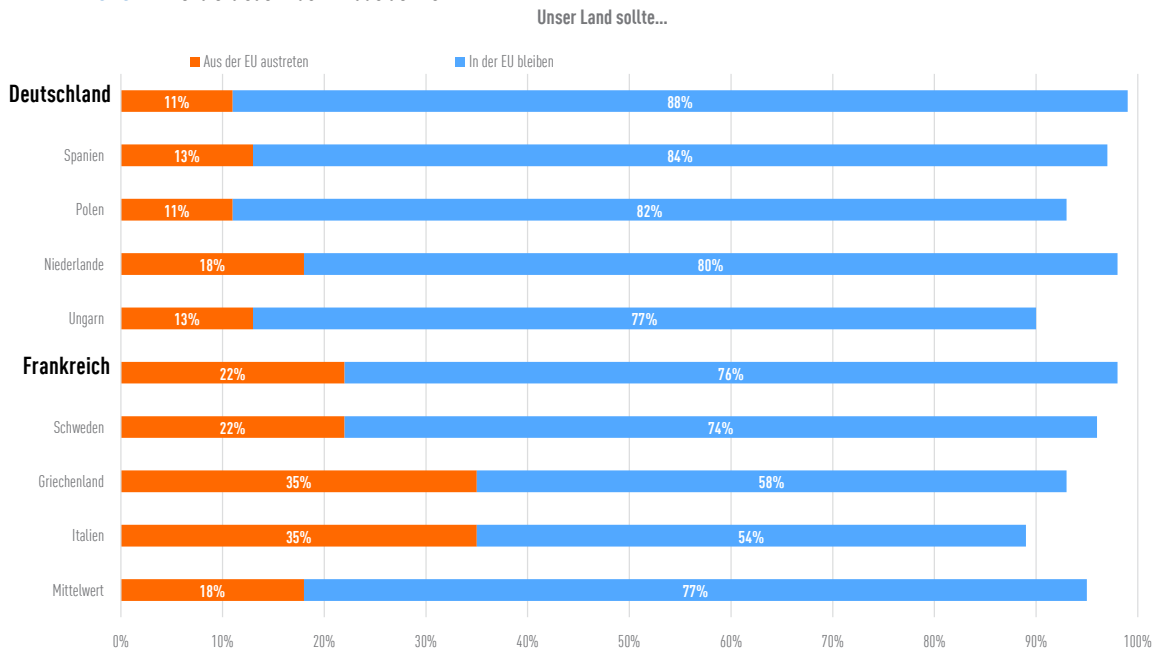
ABBILDUNG 1 ► Zugehörigkeit zur EU : positive Einschätzungen in den letzten drei Jahrzehnten (1987-2017)



Quelle: Eurobarometer

Ein Jahr nach der britischen Volksabstimmung hat der Brexit auf dem europäischen Festland bislang keine Kettenreaktion ausgelöst. Vielmehr lässt sich selbst im Vereinigten Königreich beobachten, dass sich das öffentliche Stimmungsbild im Hinblick auf die europäischen Institutionen seit dem Referendum aufgehellt hat. Derzeit fällt nur Italien aus dem Rahmen: Dort fallen die Zustimmungswerte zur EU, was sicher damit zusammenhängt, dass der Eindruck, die wirtschaftliche Lage im Land verschlechtere sich zusehends, weit verbreitet ist. In Italien ist der Anteil derjenigen, die einem EU-Austritt positiv gegenüberstehen, genauso groß wie in Griechenland (35 Prozent), dem einzigen Land, in dem eine breite Mehrheit der Bevölkerung (65 Prozent) infolge der Krise eine negative Haltung zur EU aufweist (Abbildung 2).

ABBILDUNG 2 ► Verbleib oder Austritt aus der EU?



Quelle: Sprint 2017 Global Attitudes Survey, Q45, Pew Research Center

Von diesen Sonderfällen einmal abgesehen ist der allgemeine Anstieg der Zustimmungswerte zur EU Teil einer längerfristigen positiven Tendenz, die seit 2011 jedoch ungleichmäßig verlief. Die Auswirkungen der Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 und die darauffolgende Rezession hatten sich auch im öffentlichen Meinungsbild zur EU niedergeschlagen. Vor allem 2010, als sich die Staatsschuldenkrise mit aller Härte bemerkbar machte, überwogen Skepsis und negative Haltungen gegenüber der EU.

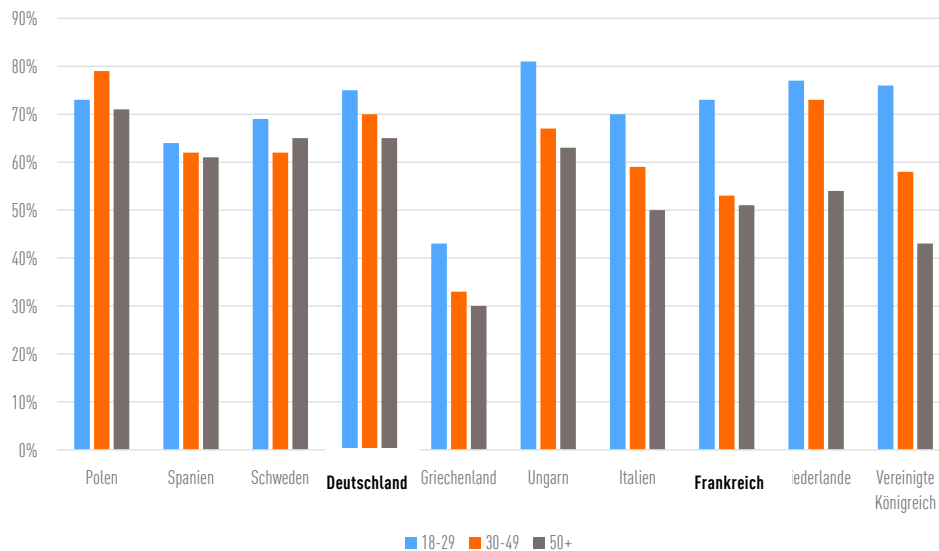
Um diese Trends im öffentlichen Meinungsbild zu Europa besser einordnen zu können, ist eine längerfristige Perspektive geboten. Nachdem der europäische Einigungsprozess Ende der achtziger und Anfang eines neuen Elan entfalten konnte, ging die Zeit nach dem Vertrag von Maastricht vor allem in Deutschland mit einem deutlichen Rückgang der positiven Meinungen zur EU einher. Während der zehn Jahre von 1997 bis 2007 war dann ein ungleichmäßiger Anstieg zu beobachten, bevor die Finanzkrise die EU in den Meinungsbarometern erneut absacken ließ. Der derzeitige Anstieg der Zustimmungswerte zur EU markiert schließlich eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau von vor zehn Jahren. Der aktuelle Stand in den Umfragen ist durchaus mit der Zustimmung vergleichbar, die vor 30 Jahren verzeichnet wurde, ohne jedoch gänzlich an diese Werte heranzureichen. Man hat es also weniger mit einem Zuwachs an Europhilie als vielmehr mit einer Rückkehr zur Normalität zu tun.

Dabei muss hinzugefügt werden, dass proeuropäische Haltungen im Laufe der letzten dreißig Jahre von Frankreich nach Deutschland gewandert sind. Während die öffentliche Meinung in Frankreich 1987 noch weit aus europafreundlicher war als in Deutschland (72 Prozent Zustimmung gegenüber 51 Prozent), hat sich die Situation 2017 umgekehrt: Die Zustimmung zur EU hat in Deutschland den Rekordwert von 79 Prozent erreicht. In Deutschland ist der Anteil der Befragten, die die Zugehörigkeit zur EU als Vorteil sehen, in den letzten beiden Jahren weitaus stärker gestiegen als in Frankreich. Dieses europafreundliche Stimmungsbild in Deutschland lässt sich anhand weiterer Indikatoren bestätigen.

1.2. Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, dass proeuropäische Haltungen wieder weiter verbreitet sind, doch von überschwänglicher Begeisterung kann nicht die Rede sein

Betrachtet man eine Reihe weiterer Indikatoren wie das Image der EU, das Vertrauen, das Bürger in die europäischen Institutionen haben, ihre Haltung zum gegenwärtigen Kurs der EU oder zur Zukunft Europas, so kommt man ebenfalls zu dem Schluss, dass sich das europäische Stimmungsbild verbessert hat. Das Image der EU hat im Zuge der Eurokrise gelitten, doch ist 2017 ein sprunghafter Anstieg (40 Prozent der Befragten haben ein positives Bild der EU, während es 2016 nur 34 Prozent waren) registriert worden – dieser Befund gilt sowohl für Deutschland als auch für Frankreich. Das Vertrauen in die EU, das lange Zeit erschüttert war, wächst wieder. Auch andere Studien bezeugen diesen Trend, für den nicht zuletzt die junge Generation (der 18- bis 29-Jährigen, Abbildung 3) verantwortlich ist.

ABBILDUNG 3 ▶ Positive Einstellung zur EU nach Altersgruppe



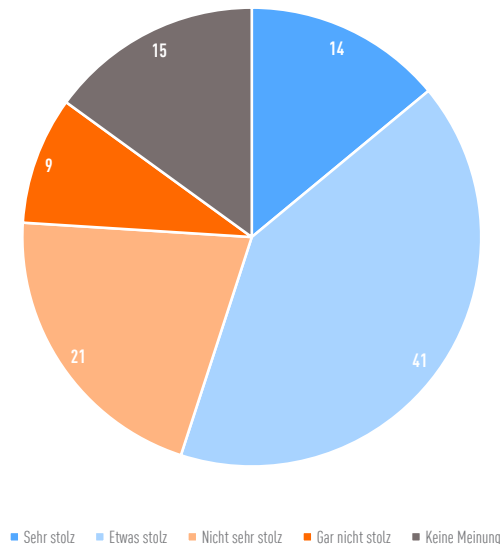
Quelle: Sprint 2017 Global Attitudes Survey, Q12f, Pew Research Center

Innerhalb dieses allgemeinen Aufwärtstrends gibt es durchaus Abstufungen: Die öffentliche Meinung in Deutschland ist derzeit etwas europafreundlicher als die Stimmung in Frankreich, auch wenn beide in eine vergleichbare Richtung weisen. Europa hat in Deutschland einen besseren Ruf (45 Prozent gegenüber 40 Prozent in Frankreich), die Bürger vertrauen der EU eher als in Frankreich (47 Prozent im Vergleich zu 41 Prozent). Die Deutschen blickten zuversichtlicher in die europäische Zukunft (59 Prozent) als ihre französischen Nachbarn (55 Prozent). Indes sollte auch bemerkt werden, dass dieser Wert in Frankreich stark anstieg (um 14 Prozent zwischen dem Herbst 2017 und dem Frühjahr 2017), was zumindest teilweise auf einen „Macron-Effekt“ zurückzuführen ist, bei dem abzuwarten bleibt, ob er von Dauer sein wird.

Zudem sollte hervorgehoben werden, dass die Verbesserungen des Meinungsklimas es nur zum Teil vermochten, den im letzten Jahrzehnt verlorenen Boden wiedergutzumachen – von einem Durchbruch kann daher nicht die Rede sein. Das Image Europas, das Vertrauen in die EU, die Zuversicht angesichts aktueller und zukünftiger Entwicklungen – in all diesen Bereichen kommt man derzeit nicht auf die Werte, die 2007 in Deutschland und Frankreich erreicht wurden. Trotz der zu verzeichnenden Erholung im Stimmungsklima vertraut nach wie vor nur eine Minderheit der Franzosen der EU, in Deutschland fällt die entsprechende (relative) Mehrheit knapp aus. In der Regel haben die Bürger lediglich ein „neutrales“ Bild von der EU (37 Prozent): Frankreich (36 Prozent) und Deutschland (39 Prozent) bilden hier keine Ausnahme. Eine aktuelle Studie in zehn EU-Mitgliedsstaaten hat gezeigt, dass die Antworten auf die Frage, wie stolz die Befragten darauf sind, Europäer zu sein, in allen sozialen Schichten breit gestreut ausfallen (Abbildung 4). Die Europäer sind nicht zu Europajüngern geworden.

ABBILDUNG 4 ► Stolz, Europäer zu sein

Wie stolz sind sie, Europäer zu sein?



Quelle: Chatham House, "the Future of Europe: Comparing Public and Elite Attitudes"

Zudem ist eine Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht, dass Europa im Bereich der Migrations- und Handelspolitik Zuständigkeiten an die Nationalstaaten zurückgeben solle. In der Migrationsfrage ist diese Haltung in Osteuropa stärker verbreitet als in den Ländern des Südens. Die Haltung zu Freihandelsverträgen ist relativ gleichmäßig über die Mitgliedsstaaten verteilt. Lediglich zwischen den Deutschen, von denen sich 60 Prozent dafür aussprechen, die Handelspolitik auf europäischer Ebene zu belassen, und den Franzosen, von denen 56 der Ansicht sind, die Handelspolitik solle eine Kompetenz der Nationalstaaten sein, besteht eine deutlichere Diskrepanz.

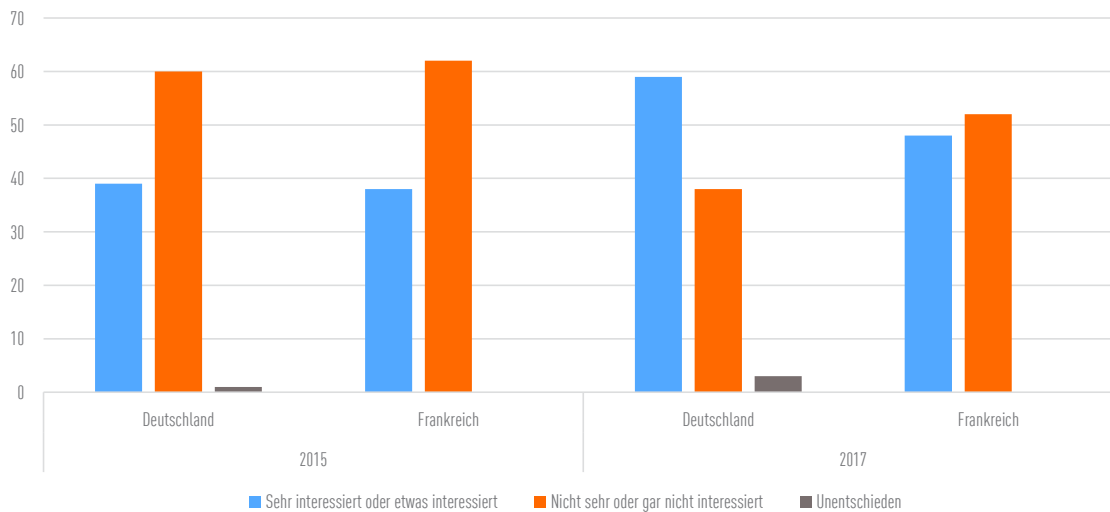
2. Deutsche und Franzosen – so nah und doch so dissonant

Das deutsch-französische Tandem profitiert vom starken wechselseitigen Interesse, das Deutsche und Franzosen aneinander haben. Und doch müssen auch wichtige Unterschiede in der öffentlichen Meinung der beiden Länder berücksichtigt werden (auch wenn auf einigen Feldern weitgehende Übereinstimmung im Meinungsklima herrscht). Dies betrifft wichtige Themen wie die Rolle der Wirtschaft oder die Haltung zur Globalisierung sowie die Prioritäten, die Europa sich dementsprechend setzen sollte.

2.1. Wie nimmt man einander wahr? Über die Zunahme des wechselseitiges Interesses

Deutsche und Franzosen haben ein zunehmendes Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Situation im jeweiligen Nachbarland. Eine aktuelle Vergleichsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass auf deutscher Seite das Interesse am politischen Geschehen und der wirtschaftlichen Lage in Frankreich zwischen 2015 und 2017 um 20 Prozent gestiegen ist (von 39 auf 59 Prozent). Auf französischer Seite beläuft sich der Anstieg auf 10 Prozent (von 38 auf 48 Prozent, Abbildung 5). Das Vertrauen zwischen Deutschen und Franzosen bleibt hoch und ist sogar gestiegen.

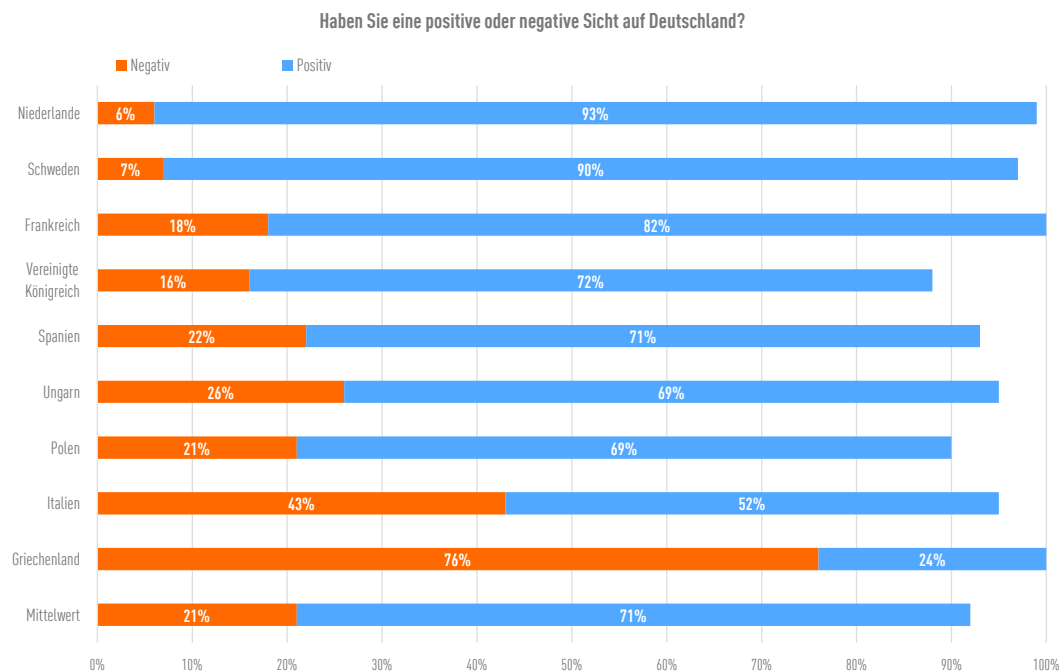
ABBILDUNG 5 ▶ Wie sehr interessieren Sie sich für das politische und wirtschaftliche Geschehen in Deutschland/Frankreich?



Bevölkerung : Frankreich und Deutschland, Personen ab 16 Jahren
 Quelle: Allianz Monitor France-Allemagne 2017

Die überwiegende Mehrheit der Franzosen (82 Prozent) hat ein positives Deutschlandbild und liegt damit über dem europäischen Durchschnitt von 71 Prozent (Abbildung 6). Dieser Wert steigt sogar noch weiter unter Befragten, die der EU mit Zustimmung begegnen. Die Franzosen gehören ferner zu den Europäern, die besonders großes Vertrauen in Angela Merkels Agieren auf dem internationalen Parkett haben. Sie schenken der Kanzlerin fast so viel Vertrauen wie die Deutschen selbst, was umso bemerkenswerter ist, da die öffentliche Meinung in Europa gegenüber Merkel ansonsten eher gespalten ist. Eine knappe Mehrheit der Franzosen (52 Prozent) hält den deutschen Einfluss innerhalb der Entscheidungsfindungsprozesse der EU für gerechtfertigt, während andere, vor allem im Süden Europas, das politische Gewicht der Deutschen misstrauischer beäugen.

ABBILDUNG 6 ▶ Einstellung zu Deutschland



Quelle: Sprint 2017 Global Attitudes Survey, Q30d et Q12g, Pew Research Center

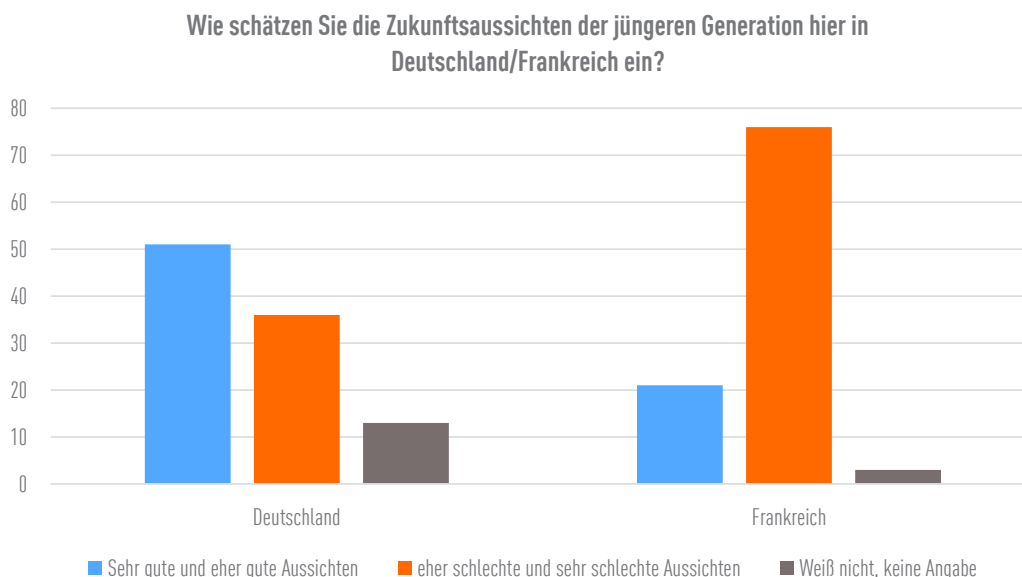
In Deutschland wurde die Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Staatspräsidenten äußerst aufmerksam und mit Wohlwollen verfolgt. Der starke Anstieg des deutschen Interesses an der französischen Politik im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen (der entsprechende Wert stieg um 20 Prozent in zwei Jahren) beruhte zweifelsohne auf der Befürchtung, dass radikale Kräfte sich durchsetzen könnten. Dass dieser Fall nicht eintrat, ist ein Grund für Macrons Beliebtheit in Deutschland. Bislang liegen noch keine repräsentativen Erhebungen vor, aus denen sich ablesen ließe, wie groß das Vertrauen der Deutschen in Macron tatsächlich ist, aber die Kommentare in den Medien und die Stellungnahmen von Politikern deuten unmissverständlich auf zwei grundlegende Aspekte hin: zum einen ein Gefühl der Hoffnung angesichts der Aussicht auf eine reformorientierte und proeuropäische Politik in Frankreich, zum anderen eine abwartende Haltung, die sich aus den möglichen Forderungen speist, welche der französische Präsident an Deutschland richten könnte. Dies betrifft vor allem die Verteilung von Risiken innerhalb der Eurozone und die Finanzierungsmechanismen der EU.

2.2. Die Ansichten zu Wirtschaft und Globalisierung gehen nach wie vor auseinander

Deutsche und Franzosen kommen zu einer fast diametral entgegengesetzten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des eigenen Landes. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, ihr Land stehe wirtschaftlich gut da (86 Prozent). Zudem halten sie Deutschland für einen guten, wenn nicht sogar exzellenten Investitionsstandort (80 Prozent). Unter den Franzosen hingegen schätzen nur 21 Prozent die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes positiv ein. 48 Prozent halten Frankreich für keinen guten Investitionsstandort. Die Arbeitslosigkeit ist die größte Angst der Franzosen, was für die Deutschland keinesfalls zutrifft.

Auch was die Zukunftsaussichten angeht, gibt es zwischen beiden Ländern erhebliche Unterschiede. 75 Prozent der Deutschen blicken zuversichtlich in die Zukunft, wohingegen eine Mehrheit der Franzosen die eigenen Zukunftsaussichten negativ beurteilt. „Die Krise wird noch auf Jahre hinaus andauern“ – diesem Satz stimmen 48 Prozent der Franzosen zu, aber nur 19 Prozent der Deutschen. Franzosen sorgen sich weitaus mehr um die Zukunftsaussichten der jungen Generationen als in Deutschland, wo man diese eher positiv einschätzt (Abbildung 7).

ABBILDUNG 7 ▶ Die Zukunftsperspektiven der jungen Generation in Deutschland und Frankreich

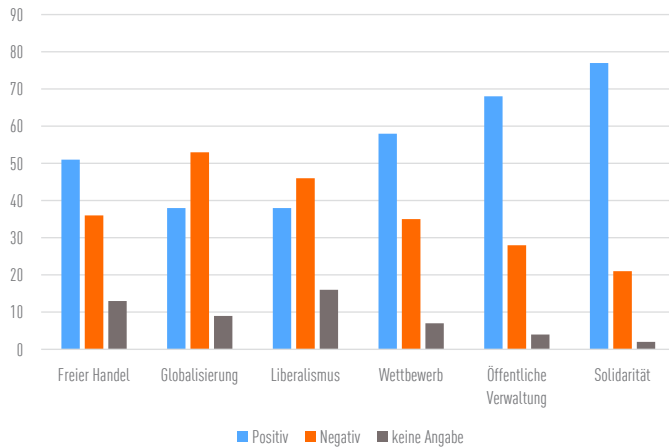


Bevölkerung : Frankreich und Deutschland, Personen ab 16 Jahren
 Quelle: Allianz Monitor France-Allemagne 2017

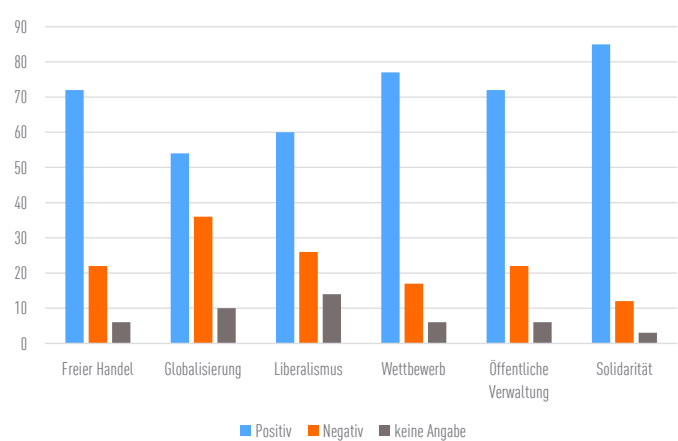
Die unterschiedliche Beurteilung der Zukunftsaussichten rührt nicht zuletzt aus weit auseinanderliegenden Vorstellungen zur Wirtschaft. 72 Prozent der Deutschen, aber nur 51 Prozent der Franzosen stehen dem Freihandel zustimmend gegenüber. Der Begriff der Globalisierung ist für 54 Prozent der Deutschen positiv und für 53 Prozent der Franzosen negativ besetzt (Abbildung 8).

ABBILDUNG 8 ➤ Unterschiedliche Ansichten

Frankreich: Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas Positives oder Negatives verbinden?



Deutschland: Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas Positives oder Negatives verbinden?



Quelle: Eurobaromètre, automne 2016

Doch dieses Stimmungsbild scheint sich ein wenig aufzuhehlen. 53 Prozent der Franzosen halten die Globalisierung für eine „Wachstumschance“, während es Ende 2016 lediglich 48 Prozent waren. Zudem ist die Zahl derer, für die die Globalisierung eine Bedrohung für die nationale Kultur darstellt, im Vergleich zu 2015 leicht gesunken. Darüber hinaus akzeptiert fast die Hälfte der Franzosen, dass ihr Land weitgehende Reformen benötigt, auch wenn sie sich darüber im Klaren sind, dass dieser Prozess schmerzhaft sein wird.

Die Deutschen wiederum machen sich unabhängig von der wirtschaftlichen Lage Sorgen. Unter ihnen ist der Anteil derjenigen, die den Veränderungen im Land insgesamt negativ gegenüberstehen, von 34 auf 54 Prozent gestiegen. Infolge der Flüchtlingskrise und terroristischer Anschläge sind sie der Überzeugung, dass der Staat sie nicht im gleichen Maße wie zuvor schützt. Die Franzosen, die ebenfalls von Terrorattacken heimgesucht wurden, sind mehrheitlich (57 Prozent) zufrieden mit der Sicherheit, die ihnen ihr Staat bietet.

Der Terrorismus treibt Deutsche wie Franzosen gleichermaßen um. Sorgen bereiten aber auch andere große gesellschaftliche Herausforderungen, insbesondere die soziale Ungleichheit, die Renten, der öffentliche Dienst und das Bildungswesen. In beiden Ländern bekennen sich die Bürger zu ihrem jeweiligen Sozialmodell und erwarten von der Politik, dass sie in diesen Bereichen bessere Lösungen anbietet.

2.3. Übereinstimmungen und Divergenzen in der Wahrnehmung der EU

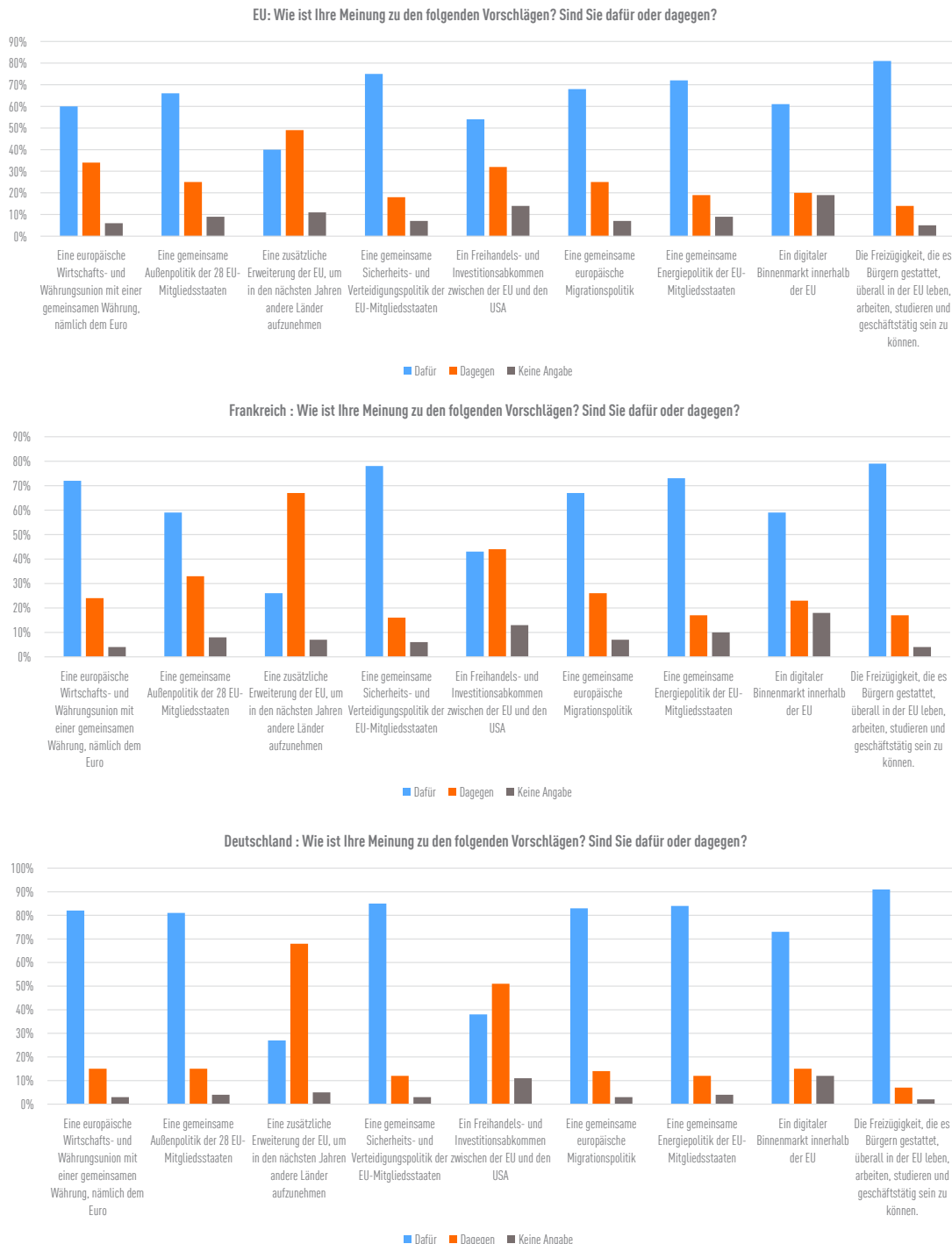
Die Funktionsweise der europäischen Institutionen und die Zukunft der EU wird von Franzosen und Deutschen ebenfalls unterschiedlich bewertet. 61 Prozent der Deutschen äußern sich zustimmend zur europäischen Wirtschaftspolitik, die von 63 Prozent der Franzosen eher ablehnend kommentiert wird.

Auch bei der Einschätzung des Brexit-Votums gibt es keine Übereinstimmung. Dass der Austritt Großbritanniens schlecht für die EU ist, denken 74 Prozent der Deutschen, aber nur 59 Prozent der Franzosen, von denen mehr als ein Drittel sogar der Überzeugung sind, dass die EU vom Brexit profitiert. In beiden Ländern ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung jedoch der Meinung, dass der Brexit die EU weder stärken noch schwächen wird. Eine große Mehrheit befürwortet als Folge dessen eine engere Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten.

Umgekehrt zeigen sich Franzosen und Deutsche äußerst aufgeschlossen für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Die Europäer sind in dieser Frage gespalten, aber 56 Prozent der Franzosen und 64 Prozent der Deutschen sprechen sich dafür aus, dass Europa voranschreiten kann, auch wenn nicht alle Mitgliedsstaaten diesen Schritt mitgehen wollen. Man kann also den Eindruck gewinnen, dass man sich auf beiden Seiten des Rheins gleichermaßen als europäische Avantgarde wähnt.

Generell haben die Menschen in Frankreich und Deutschland ähnliche Ansichten zu mehreren europäischen Politikfeldern (Abbildung 9) wie Sicherheit und Verteidigung, Freizügigkeit und Energiepolitik, die ihrer Meinung nach auf europäischer Ebene gehandhabt werden sollen. In beiden Ländern steht man zukünftigen Erweiterungsvorhaben der EU gleichermaßen ablehnend gegenüber. Im Vergleich zu anderen Europäern zeigen sich Franzosen und Deutschen gegenüber der Idee eines Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten eher reserviert (die in Deutschland noch stärker zurückgewiesen wird).

ABBILDUNG 9 ► Europäische Projekte



Quelle: Eurobarometer, Frühling 2017

SCHLUSS

Trotz unterschiedlicher Einschätzungen und Ansätze gibt es bei Deutschen, die ihre wirtschaftliche Lage zuversichtlich beurteilen, aber sich Sorgen um ihre Sicherheit machen, und Franzosen, die von Zweifeln geplagt werden, aber für Reformen offen sind, wieder ein gemeinsames Interesse, Europa voranzubringen, das eine weitere Annäherungen zwischen den beiden Ländern begünstigt.

NACHWEISE

Eurobarometer der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

Les opinions publiques européennes et l'UE après le pic de crise migratoire, Daniel Debomy und Alain Tripier, Policy Paper Nr. 201, Institut Jacques Delors, 4. Juli 2017.

Post-Brexit, Europeans more favorable toward EU, Studie des Pew Research Center, 15. Juni 2017.

Die Stimmungslage in Deutschland und Frankreich vor den nationalen Wahlen 2017, Studie Institut für Demoskopie Allensbach.

Fractures françaises, Ipsos-Umfrage, Juli 2017.

The Future of Europe: Comparing Public and Elite Attitudes, Chatham House, Juni 2017.

Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit, Friedrich-Ebert-Stiftung, August 2017

Zu den gleichen Themen

EUROPEAN PUBLIC OPINION AND THE EU FOLLOWING THE PEAK OF THE MIGRATION CRISIS

Daniel Debomy and Alain Tripier, Policy Paper No.101, Jacques Delors Institute, July 2017

TERRORIST THREAT AND REFUGEE CRISIS: FRENCH AND GERMAN ANSWERS

Representatives of French and German think-tanks, Tribune, January 2017

THE EU, DESPITE EVERYTHING? EUROPEAN PUBLIC OPINION IN THE FACE OF CRISIS (2005–2015)

Daniel Debomy, Study, Jacques Delors Institute, June 2016

EU NO, EURO YES? EUROPEAN PUBLIC OPINIONS FACING THE CRISIS (2007-2012)

Daniel Debomy, Policy Paper No.90, Jacques Delors Institute, March 2013